



Das liberale Steuerkonzept

- ein Überblick -

von Ulrich Koehler
Rechtsanwalt, Sts a.D.
Magdeburg

Bilanz der Schwarz-roten Bundesregierung



- Unter der schwarz-roten Bundesregierung sind die jährlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger um fast 50 Milliarden Euro gestiegen.
- Eine Familie mit zwei Kindern wird dadurch im Schnitt um 1.600 Euro im Jahr stärker belastet.

Deutschland verliert den Anschluss und die Menschen verlieren Chancen



- Vor 15 Jahren stand Deutschland beim **Pro-Kopf-Einkommen** der damaligen EU-Mitglieder auf Platz drei. Heute steht Deutschland beim Pro-Kopf-Einkommen derselben 15 alten EU-Mitgliedstaaten auf Platz 11 und weltweit auf Platz 15.
- Laut Bundesfinanzministerium lag die **Summe aller Steuern und Sozialabgaben 2006** bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt bei 40,4 Prozent. Im Jahr 2006 zahlte ein Arbeitnehmer im Schnitt Euro 9.291 an Lohnsteuer und Sozialabgaben.
- Nach Darstellung des Bundesarbeitsministeriums lag der **Nettoealverdienst** nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben und bei Berücksichtigung der Preisentwicklung im Jahr 2006 nur noch bei Euro 1.320,43 – und damit vergleichbar dem Nettoealverdienst von 1986.
- Stromsteuer und Abgaben auf den **Strompreis** haben sich seit 1998 versechsfacht. Ohne diese Belastungen könnte die Stromrechnung von Haushalten und Wirtschaft um 13,4 Mrd. Euro niedriger sein. Der Staatsanteil macht 40 Prozent der Stromrechnung eines durchschnittlichen Haushalts aus; rund 30 Prozent entfallen auf die Energieerzeugung, 30 Prozent auf das Netzentgelt. 1998 begnügte sich der Staat mit 25 Prozent.

Das Ziel liberaler Politik:



**„ Mehr Wohlstand für alle durch mehr
Netto vom Brutto.“**

Mehr Netto nach Steuern und Abgaben



- Deutschland braucht ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem, damit sich Leistung wieder lohnt und die Bürgerinnen und Bürger ihren Anteil am Aufschwung erhalten, auch nach der Wirtschafts- und Finanzkrise.
- Steuern und Abgaben müssen so schnell wie möglich gesenkt werden.
- Die Einkommensbesteuerung muss auf ihre eigentliche Aufgabe innerhalb der sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt werden.
- Der Staat soll angemessen am Erwerbserfolg der Privaten teilhaben, um seine unausweichlichen Ausgaben zu finanzieren – nicht mehr und nicht weniger.
- Das heißt: **Der Bürger behält mehr von seinem Geld zur freien und eigenverantwortlichen Verfügung**

Mehr Netto zum Leben



- Wir wollen, dass die Menschen mehr Geld zum Ausgeben haben.
- Eine Senkung der Belastungen beim Bürger schafft neue Nachfrage.
- Mehr Nachfrage stabilisiert den Aufschwung, sorgt für Investitionen und ermöglicht anhaltendes Wachstum. Wir wollen die Spielräume für Beitragssenkungen nutzen und streben deshalb eine Senkung bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung auf 3,0 Prozent an.
- Wir wollen keine Finanzierung von längerer Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitslosigkeit beenden. Das schafft neue Arbeitsplätze und damit auch eine nachhaltige Verbesserung der Staatsfinanzen.
- **Mehr Netto heute führt zu noch mehr Netto morgen.**

Mehr Netto vom Lohn



- Gegen Mindestlohn und Kombilohn setzen wir das **Bürgergeldkonzept**.
- Denn gesetzliche Mindestlöhne sind beschäftigungsfeindlich. Liegt der Mindestlohnsatz
 - unter marktgerechten Löhnen, bleibt er wirkungslos.
 - Liegt er aber darüber, so vernichtet er Arbeitsplätze.
- Gesetzliche Mindestlöhne sind eine arbeitsmarkt-politische Sackgasse. Nicht der Staat darf die Höhe der Löhne festlegen, sondern dies bleibt Aufgabe der Gewerkschaften und Arbeitgeber.

Mehr Netto durch Bürgergeld



- **Der richtige Weg ist**, marktgerechte Löhne durch staatliche Mittel aus dem Steuersystem für den Arbeitnehmer aufzustocken und so ein sozial akzeptables Mindesteinkommen zu sichern.
- Dazu haben die Liberalen das Konzept des Bürgergelds entwickelt, das aktivierend, einfach und gerecht ist. **Denn es sorgt für die finanzielle Versorgungsgrundlage und setzt gleichzeitig Anreize zur Arbeitsaufnahme.**

Mehr Netto für Verbraucher



- Die deutschen Verbraucher zahlen jetzt die Zeche für die verfehlte Energiepolitik der letzten zehn Jahre.
- Es sind die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Wettbewerb zwischen den Energieanbietern herrscht, damit die deutschen Verbraucher entlastet werden. Bis dahin hilft gegenüberhöhte Preisforderungen nur der Wechsel des Versorgers, um mehr Netto übrig zu behalten. Monopole schaden Verbrauchern, Wettbewerb schützt Verbraucher.
- Die FDP fordert, mit den Erlösen des Emissionshandels die Stromsteuer zu senken.

Mehr Netto für die Risiken des Lebens



- Einführung des **Liberalen Bürgergeldes** mit dem Ziel, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen.
- Nach dem **Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe** soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.
- Nach dem Leistungsprinzip soll **jeder Bürger die Chance** bekommen, seine Lebenssituation eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern.
- Nach dem **Solidaritätsprinzip** muss derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein. Um diese Prinzipien wieder in Kraft zu setzen, wird **das gesamte Sozialsystem modernisiert**:
 - Möglichst alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates werden auf die Bedürftigkeit der Bürger ausgerichtet, pauschaliert und in einem Universaltransfer, dem Bürgergeld, zusammengeführt.
 - Darüber hinaus wird das Bürgergeld mit der Einkommensteuer zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guss verbunden. Steuern und soziale Hilfen werden im Finanzamt miteinander verrechnet. Bürger mit höherem Einkommen zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigem oder gar keinem Einkommen bekommen das Bürgergeld als eine negative Einkommensteuer ausbezahlt.

Eckpunkte des liberalen Bürgergeldes



- Zusammenfassung des Arbeitslosengeldes II, der Leistungen für Wohnung und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung, die Sozialhilfe, der Zuschlag und das Wohngeld;
- der Bürgergeldanspruch für einen Allein- stehenden ohne Kinder soll Euro 662 pro Monat betragen, entspricht dem heutigen Durchschnitt;
- Kinder erhalten einen eigenen Anspruch im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft.

Konkrete Auswirkungen des Bürgergeldes



- Förderung der Aufnahme eine eigene Erwerbstätigkeit;
- Die Anrechnung des eigenen Arbeitseinkommens auf das Bürgergeld:
 - erwerbsfähigen Alleinstehenden Freibetrag von Euro 100;
 - Bis Euro 600 40 Prozent anrechnungsfrei;
- Von Euro 600 bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 %.

Private Altersvorsorge



- Die private oder betriebliche Altersversorgung einschließlich der Riester- und Rürup-Renten soll verdreifacht werden und Euro 750 pro Lebensjahr betragen;
- Zusätzlich bleibt sonstige Vermögen bis zu Euro 250 je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.

Änderung der Einkommensgrenze für Minijobs



- Erhöhung der Einkommensgrenze von Euro 400 auf Euro 600;
- Bei Einkommen zwischen Euro 600 und Euro 1000 muss der Arbeitgeber gleitend ansteigende Sozialabgaben bezahlen;
- Volle Sozialversicherungsbeiträge sind bei Einkommen über Euro 1.000 zu entrichten.

Die liberale Steuerstrukturreform



- Die FDP setzt auf einen konsequenten Kurs des Wachstums, damit neue Arbeitsplätze entstehen können. Eine Kernvoraussetzung dafür ist **die liberale Steuerreform** mit niedrigerer, einfacherer und gerechterer Besteuerung.
- Der Einheitssteuersatz, die „**flat tax**“, bleibt das große Langfrist-Ziel der Liberalen.
- Nach einem Regierungswechsel wollen wir auf dem Weg dorthin den Tarif mit **drei einfachen Steuersätzen von 10, 25 und 35 Prozent** durchsetzen.
- Dazu gehören die **Abschaffung der Gewerbesteuer** und eine faire, einheitliche Unternehmensbesteuerung, damit gerade der Mittelstand wieder investieren kann.
- Weil bessere Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze Vorrang haben, sollte ein **niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem** in Kraft treten.
- Eine Steuerreform, die uns wieder international wettbewerbsfähig macht, ist die Mutter aller Reformen.

Drei-Stufen-Tarif von 10, 25, 35 %



- Grundfreibetrag von Euro 8.004 für jeden, unabhängig vom Alter;
- Steuersatz von 10 % bis Einkommen von Euro 20.000 jährlich;
- Steuersatz von 25 % für Einkommen zwischen Euro 20.000 und Euro 50.000;
- Steuersatz von 35 % für Einkommen ab Euro 50.000

Konsequenzen des Drei-Stufen- Modells



- Unter Berücksichtigung der Werbungskostenpauschale und unter Abzugsfähigkeit der Aufwendungen ist eine vierköpfige Familie noch beim Familieneinkommen von Euro 40.700 steuerfrei;
- Kinderbetreuungskosten / Pflegekosten können bis zu Euro 12.000 im Jahr gegen Nachweis der Kosten von der Steuer abgesetzt werden;
- Die Steuerklasse V wird abgeschafft, sie wirkt sich bei Frauen nach der Familienpause als unattraktiv aus.

Auswirkungen für Unternehmen



- Für Unternehmen gleich welcher Rechtsform gilt ein 2-Stufen-Tarif von 10 und 25 %;
- Für Kapitalgesellschaften mit einem Gewinn von über Euro 20.000/pro Jahr wird die Körperschaftsteuer von 15 % im geltenden Recht auf 25 % angehoben;
- Im Gegenzug wird die Gewerbesteuer ersetzt durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung, dass für die Gemeinden ein ausreichendes Niveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert;
- Eine GmbH wird auf Antrag die eine Personengesellschaft besteuert.

Abschaffung der kalten Progression



- Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufes zu einem höheren Steuersatz und damit einer höheren Steuerbelastung;
- Verpflichtung des Gesetzgebers alle zwei Jahre die Höhe der steuerlichen Grundfreibetrages und des Kinderfestfreibetrages zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Einführung einer optionalen zweijährigen Veranlagungsfrist / Werbungskosten



- Gestaltungsüberlegungen der Steuererklärung werden überflüssig;
- Werbungskosten sind die Kosten, die mit den Einkünften aus Wirtschaftsbetätigung in Zusammenhang stehen;
- Einführung einer Aufwendungspauschale;

Veräußerungsgewinne bei der Abgeltungssteuer / Aktienverkäufe



- Die Einbeziehung der privaten Veräußerungsgewinne in die Abgeltungssteuer wird abgelehnt;
- Für Gewinne aus Aktienverkäufen ist eine Sperrfrist einzuführen, so dass nur Gewinne innerhalb dieser Frist der Abgeltungssteuer unterliegen.